

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist 02.12.2009, 18:30 Uhr

**45. Grünkohlessen
der Verbände
der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft
am 2. Dezember 2009 in Kiel**

**Begrüßung
Uli Wachholtz
Präsident von UVNord und
Vorsitzender der Studien- und Fördergesellschaft
der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft
(Auszug)**

Meine Damen und Herren, der Dezember ist nicht nur der „Grünkohl-Monat“, es ist dieses auch die Zeit der Jahresrückblicke und Bilanzen. Zunächst die gute Nachricht: Die deutsche Wirtschaft und auch die unseres Landes fassen langsam wieder Tritt.

Nach 12 sehr finsternen Monaten haben wir bei unserer Herbstumfrage in vielen Bereichen der Wirtschaft Anzeichen einer konjunkturellen Belebung feststellen können.

Auch die Bundesregierung, die Wirtschaftsweisen und die OECD sprechen vom Ende der Talfahrt, sehen die Rezession überwunden. Das Statistische Bundesamt bestätigt diese Aussagen. Hierüber freuen wir uns.

Problematisch ist und bleibt allerdings, dass längst nicht alle Branchen diesen Silberstreif am Horizont sehen (wie beispielsweise die Investitionsgüterindustrie) und problematisch ist und bleibt, dass die Wachstumserwartungen doch eher moderat sind und wir lange brauchen werden, um wieder das Niveau von 2008 zu erreichen.

Wer für 2010 eine Eins vor dem Komma prognostiziert, der dürfte richtig liegen. Das ist im Vergleich zu 2009 zwar schön, reicht aber nicht, um den Arbeitsmarkt zu entlasten und Beschäftigung zu sichern. Die Verlängerung der Kurzarbeiterregelung bis Ende 2010 ist daher richtig und notwendig.

Für 2010 gilt, meine Damen und Herren, die durchaus vorhandenen Auftriebskräfte zu stärken und mögliche Konjunkturrisiken aus dem Weg zu räumen. Konkret nenne ich hier an erster Stelle die Sicherung der Unternehmensfinanzierung. Zudem brauchen wir strukturelle Veränderungen unserer Sozialsysteme. Arbeit und Beschäftigung müssen entlastet werden, die Sozialbeiträge müssen sinken. Alles ist darauf auszurichten, Spielräume für mehr Wachstum zu schaffen. Dabei

ist Wachstum kein Selbstzweck. Wachstum ist notwendige Voraussetzung für mehr Beschäftigung, für größere Verteilungsspielräume, für den Schuldenabbau. Ohne Wachstum läuft nichts.

Das haben die Koalitionäre in Berlin und in Kiel offensichtlich erkannt. Wir wollen hoffen, und werden darauf drängen, dass den Koalitionsvereinbarungen und Regierungserklärungen nun Taten folgen und dass gehandelt wird. Gehandelt wird für die Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland. Näheres hierzu hören wir sicherlich gleich. Was wir jetzt brauchen, ist eine Politik mit Mut, mit Tempo, mit Weitsicht.

Und dieses, meine Damen und Herren, gilt nicht nur für die Bundesebene, dieses gilt auch für die Landespolitik.

Wir Verbände verstehen uns als Berater der Politik in allen die Wirtschaft direkt und indirekt berührenden Themenfeldern.

Wir wollen unser Land voranbringen.

Die Politik – da bin ich sicher – will das auch.

Doch das ist leichter gesagt als getan. Die kommenden Jahre werden für die Landespolitik keine leichten werden.

Die Schuldenberge sind riesig, die Haushaltsrisiken beträchtlich.

Wo man hinschaut klaffen Finanzierungslücken, fehlt es an Geld.

Trotzdem und gerade deswegen waren und sind wir zur Zusammenarbeit, zur engen Zusammenarbeit mit der Politik bereit.

Und deshalb sage ich zur Landespolitik:

- Sie finden uns an Ihrer Seite, wenn es um Entbürokratisierung, wenn es um die Modernisierung von Verwaltung und Strukturen, wenn es um die Zusammenarbeit im Norden geht.

- Wir machen mit, wenn wichtige Infrastrukturprojekte wie die A20, die Elbquerung oder die Fehmarnbelt-Querung unseren Einsatz fordern.
- Und wir sind dabei, wenn es um mutige, richtungsweisende und vielleicht auch einmal unpopuläre Entscheidungen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unseres Landes geht.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einflechten, meine Damen und Herren, dass ich meine Sympathie für die Skepsis der Kieler Koalition gegen Ungereimtheiten im „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ des Bundes nicht verhehle. Auch ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, das einen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten soll, muss landesspezifische Interessen angemessen berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Schluss meiner kurzen Begrüßung ein persönliches Wort.

Seit sechs Monaten bin ich in der Nachfolge von Hans Heinrich Driftmann für UVNord und seit drei Monaten für die Studien- und Fördergesellschaft verantwortlich.

Ich möchte mich bei den Damen und Herren in Wirtschaft, Politik, Verwaltung und allen anderen Bereichen bedanken, die mir den Einstieg in diese Ämter auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten so leicht und meist auch so angenehm gemacht haben.

Es macht einfach Freude, im Norden und für den Norden tätig zu sein.

1. Dezember 2009